



Mittwoch, 29. Mai 2024, 15:00 Uhr
~5 Minuten Lesezeit

Kreatives Chaos

Die aktuellen Studentenproteste in den USA sind Teil eines langen, insgesamt aber positiv zu bewertenden Tauziehens.

von Manovas Weltredaktion
Foto: Sabira Dewji/Shutterstock.com

Der jüngste Polizeieinsatz auf dem Campus der Columbia University mit dem Ziel, die propalästinensischen Proteste der Demonstranten zu beenden, erinnert an Turbulenzen auf demselben Campus im Jahr 1968. Und während die vergangenen und gegenwärtigen Gründe für die Auseinandersetzung an der Columbia sich unterscheiden, spiegeln die Themen Redefreiheit und Studentenaktivismus eine anhaltende Spannung zwischen Studenten und Universitäten im Allgemeinen wider. Mitunter heftige Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Universitätsverwaltung

sind jedoch gesunde und wichtige Bestandteile einer demokratischen Gesellschaft.

von Daniel Warner

Die Krise im Nahen Osten steht im Mittelpunkt der aktuellen Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der Universität. Die protestierenden Studenten haben sich der Sache der Palästinenser gegen Israel angeschlossen. Über 100 protestierende Studenten wurden kürzlich auf dem Campus der Columbia von der New York City Police festgenommen. In *Le Monde* wird eine Studentin zitiert:

„Es ist, als habe auf dem Campus ein Militärputsch stattgefunden. Überall sind Polizisten.“

An der Columbia wurde der Unterricht auf dem Campus ausgesetzt, Studenten wurden dringend gebeten, zu Hause zu bleiben. Auch an der New York University und in Yale hat die Polizei eingegriffen.

Dass der Präsident der Columbia-Universität und andere Universitätsbeamte die Polizei gerufen haben, „um die Ordnung auf dem Campus wiederherzustellen“, zeigt, wie sehr die Aktionen der Studenten und die Führungsweise der Universität auseinanderklaffen. In einem größeren Zusammenhang zeigen die Unruhen das Versagen, studentischen Idealismus in die Universitätspolitik einzubeziehen.

Die Bedrohung von Sicherheit und Ordnung sind oberflächliche Vorwände für das Rufen der Polizei. Studentischer Idealismus ist das Problem. „Dass die Columbia so schnell nach Beginn der

Demonstrationen die Polizei eingeschaltet hat, unterdrückt die studentische Meinungsäußerung, stellt eine bedeutende Zäsur zur vergangenen Vorgehensweise dar und wirft Fragen über die ungleiche Behandlung von Studenten aufgrund ihrer Meinungen auf“, sagt Donna Liebermann, Geschäftsführerin der New Yorker Bürgerrechtsvereinigung, in einer Erklärung.

Eine ähnliche Erklärung der Columbia- und Banard-Sektionen der American Association of University Professors verurteilte die Niederschlagung des propalästinensischen Protests durch Minouche Shafik, Columbias Präsidentin:

„Wir sind schockiert über das Versagen, für eine freie Untersuchung als wesentlichen Bestandteil des Bildungsauftrags einer Universität in einer demokratischen Gesellschaft einzustehen. Gleichermäßen schockiert uns, dass sie Gesetzgebern, die sich in universitäre Angelegenheiten einmischen wollen, nicht entschieden entgegengetreten ist.“

Das Unterdrücken studentischer Meinungsäußerung durch die Universitätsverwaltung gehört zum endlosen Tauziehen zwischen junglichem Idealismus und den konservativen Kräften von Recht und Ordnung.

Universitätspräsidenten wägen als Repräsentanten dessen, was sie als größere Verantwortlichkeiten ansehen, studentische Forderungen mit den eigenen Vorstellungen von sozialen Interessen ab. Und üblicherweise verlieren die Studenten – vor allem in der derzeitigen Situation, in der akademische Institutionen bürokratischen Unternehmen gleichen.

Die Professor Stephen Rosow, angesehener Experte für freie akademische Meinungsäußerung, stellt fest:

„Universitätsverwaltungen scheinen die Beziehung der Universität, als Ort des Wissens, zur öffentlichen Sphäre als Spiegel der

öffentlichen Meinung anzusehen und nicht als Vorreiter öffentlicher Diskussionen und Debatten. Sie sind“, fügt er hinzu, „den ideologischen Kräften verpflichtet, die hinter den Geldgebern stehen, aber ihre Vision der Universität als notwendig für eine stabile Demokratie ist bestenfalls auf dem Rückzug.“

Studentischer Aktivismus ist Bestandteil eines endemischen Konflikts zwischen Studenten und der Autorität, darunter Universitätsverwaltung, Regierung und Gesellschaft. Dieser Konflikt ist ein normaler Prozess, wenngleich er sich von Zeit zu Zeit gewaltsam äußert. Achtzehn- bis vierundzwanzigjährige Studenten sollten idealistisch sein.

Bei der Spannung zwischen den Protestierenden und der Universitätsverwaltung geht es um mehr als die Grenzen der freien Meinungsäußerung; es geht um die Freiheit, zu denken, die Freiheit, zu hinterfragen, die Freiheit, schöpferisch tätig zu sein und die Freiheit, zu handeln.

Die Fähigkeit der Universitäten, studentische Aktivismus in ihre regulären Aktivitäten zu integrieren, wird bedroht, wenn die Verwaltung die Ordnungskräfte auf den Campus ruft. Es ist in der Tat beängstigend, wenn ein Campus den Eindruck macht, Schauplatz eines Militärputsches gewesen zu sein.

Auch ist es beängstigend, wenn Universitäten von der Regierung davor gewarnt werden, was die Ordnungskräfte tun könnten. Sehen wir uns als Beweis dafür, wie beängstigend eine Gesellschaft sein kann, die aggressive Befragung dreier Universitätspräsidenten zu Antisemitismus auf deren Campus durch die republikanische Kongressabgeordnete Elise Stefanik vor einem Unterausschuss des Repräsentantenhauses an. Stefaniks politisches Gehabe stellte eine klare Botschaft an private sowie öffentliche Universitäten dar: Die Regierung wird die Geschehnisse auf dem Campus überwachen.

Stefanik und Menschen wie Ron deSantis, Floridas Gouverneur, versuchen eine Gedankenkontrolle innerhalb der Hochschulbildung.

Was die Meinungsfreiheit betrifft, die den Studenten zugestanden wird, ist alles, was sich auf dem Campus abspielt, durch und durch politisch. Das Infragestellen der Autorität durch die kritische Auseinandersetzung mit ikonischen Texten im Unterrichtsraum wird natürlicherweise außerhalb desselben fortgesetzt, wenn die Studenten Autoritäten auf dem Campus und darüber hinaus hinterfragen. Kritisches Hinterfragen: Genau darum geht es in der Hochschulbildung.

Hinterfragen führt jedoch nicht notwendigerweise zu physischer Konfrontation. Eine meiner schönsten Erinnerungen an das College ist der Abend, an dem Lyndon B. Johnson seine Entscheidung ankündigte, sich nicht zu Wiederwahl zu stellen und die Bombardierung Nordvietnams schrittweise zu reduzieren. Ich rief den Präsident des College an und sagte, wir sollten feiern. Er war weit davon entfernt, ein radikaler Kriegsgegner zu sein. Sofort lud er mich und eine kleine Gruppe zu sich nach Hause ein, wo er, noch im Schlafanzug, seine gut gefüllte Hausbar öffnete, und die Diskussionen und das Feiern begannen. Gemeinsam.

Wenn die jüngste Harvard-Jugendumfrage zeigt, dass Studenten im Alter von 18 bis 24 Jahren andere politische Einstellungen haben als ältere, ist das nicht überraschend. Universitätsstudenten unterscheiden sich von der allgemeinen Gesellschaft. Manche sagen, Studenten seien unverantwortlich – ich ziehe es vor, sie auf idealistische Weise positiv, kreativ und aktiv zu nennen. Sie studieren an einer Universität, eben weil sie ihren Geist und ihre persönlichen Fähigkeiten erweitern wollen und nicht, um ihren Intellekt und ihre Fähigkeiten zu beschränken.

Kreatives Denken ist chaotisch. Autoritäten infrage zu stellen ist natürlicherweise störend. Beides kann auf

dem Campus gefunden werden – als Teil der natürlichen Spannung zwischen Studenten und der Verwaltung.

Wenn der Campus zum Kriegsgebiet wird, ist dies auf ein Versagen der Verwaltung zurückzuführen, sich mit den Beteiligten im Sinne der Studenten auseinanderzusetzen. Im Gegensatz zu den endlosen Kriegen in Afghanistan oder Irak ist die endlose kritische Infragestellung von Autorität durch politischen Aktivismus DIE Grundlage einer demokratischen Gesellschaft.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel „**Student Protests are Part of an Endless But Positive Tug of War** (<https://www.counterpunch.org/2024/04/26/student-protests-are-part-of-an-endless-but-positive-tug-of-war/>)“. Er wurde von Gabriele Herb ehrenamtlich übersetzt und vom ehrenamtlichen *Manova*-Korrektoratsteam lektoriert.



Es bringt wenig, nur im eigenen, wenn auch exquisiten Saft zu schmoren. Deshalb sammelt und veröffentlicht **Manovas Weltredaktion** regelmäßig Stimmen aus aller Welt. Wie denken kritische Zeitgenossen in anderen Ländern und Kulturkreisen über geopolitische Ereignisse? Welche Ideen haben sie zur Lösung globaler Probleme? Welche Entwicklungen beobachten sie, die uns in Europa vielleicht auch bald bevorstehen? Der Blick über den Tellerrand ist dabei auch ermutigend, macht er doch deutlich: Wir sind viele, nicht allein!

